

Inhaltsübersicht

§ 1 Einleitung, Aufgabenstellung und Gang der Untersuchung.....	1
A. Einleitung.....	1
B. Aufgabenstellung und Eingrenzung des Themas.....	5
C. Gang der Untersuchung.....	12
 1. TEIL: Grundlagen und Begriffsbestimmungen zur Sitzverlegung.....	13
§ 2 Das Gesellschaftsstatut.....	13
§ 3 Der „Sitz“ der Gesellschaft.....	16
A. Satzungs- und Registersitz.....	16
I. Kurzdefinition.....	16
II. Anwendungsbereich.....	16
III. Verhältnis von Satzungs- und Registersitz.....	18
IV. Verhältnis des Satzungssitzes zum tatsächlichen Sitz für nationale Sachverhalte.....	18
V. Funktionen.....	20
B. Verwaltungssitz.....	23
I. Definition.....	23
II. Funktionen.....	23
 § 4 Die Sitzverlegung.....	25
A. Allgemeines.....	25
I. Mögliche Fallgestaltungen.....	25
II. Grenzüberschreitender Vorgang.....	26
III. Verschiedene Differenzierungsmöglichkeiten.....	27
B. Identitätswahrende Sitzverlegung.....	28
I. Die unterschiedlichen Ansätze.....	29
II. Lösung.....	31
III. Zusammenfassung zum Begriff der Identitätswahrung.....	35
C. Unechte Sitzverlegung.....	36
D. Unbewusste Sitzverlegung.....	36
E. Missbräuchliche Sitzverlegung.....	37

§ 5 Die Anerkennung von Gesellschaften.....	39
A. Historische Entwicklung der Anerkennung.....	40
B. Heutiges Verständnis von der Anerkennung.....	43
C. Heutiger Stellenwert der Anerkennungsproblematik.....	44
D. Ergebnisse.....	48
§ 6 Die Niederlassungsfreiheit.....	50
A. Allgemeines.....	50
B. Ausübungsformen der Niederlassungsfreiheit.....	51
C. Wirkungsweise und Umfang des Rechts auf freie Niederlassung.....	52
I. Artikel 43 EGV als Diskriminierungsverbot.....	52
II. Artikel 43 EGV als Beschränkungsverbot.....	53
2. TEIL: Rechtsfolgen einer isolierten Verwaltungssitzverlegung unter der Sitztheorie.....	55
§ 7 Einführung.....	55
§ 8 Die Sitztheorie.....	56
A. Historische Entwicklung: Von der Satzungs- zur Realsitztheorie.....	56
I. Die Rechtsprechung des Reichsgerichts.....	56
II. Verhältnis der Reichsgerichtsrechtsprechung zum Willen des historischen Gesetzgebers des ersten internationalen Privatrechts im Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch.....	61
III. Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs.....	64
IV. Heutiger Stellenwert der Sitztheorie als Rechtsquelle.....	66
B. Inhalt.....	67
I. Konkretisierung des Anknüpfungsmerkmals.....	67
1. Möglichkeiten der Begriffsbestimmung.....	67
2. Stellungnahme.....	71
3. Rechtssicherheit durch Verweis auf das nationale Steuerrecht.....	72
4. Praxistauglichkeit.....	74
II. Reichweite der Anknüpfung.....	77
III. Ziel der Anknüpfung.....	77

§ 9 Rechtsfolgen des Zuzuges einer ausländischen Kapitalgesellschaft ins Inland	79
A. Internationalprivatrechtliche Rechtsfolgen.....	79
B. Gesellschafts- und zivilrechtliche Rechtsfolgen.....	79
I. Das Nichtanerkennungsmodell (Rechtsprechung und noch herrschendes Schriftum).....	80
II. Das Rechtsformzwangmodell (Im Vordringen befindliche Literatur).....	137
§ 10 Rechtsfolgen des Wegzugs einer deutschen Kapitalgesellschaft ins Ausland	277
A. Internationalprivatrechtliche Folgen.....	277
I. Zuzugstaat folgt Sitztheorie.....	277
II. Zuzugstaat folgt Gründungstheorie.....	277
B. Gesellschafts- und zivilrechtliche Folgen.....	278
I. Das Auflösungsmodell.....	278
II. Kritische Würdigung	281
III. Abschließende Bewertung des isolierten Wegzugs unter der Sitztheorie.....	312
3. TEIL. Rechtsfolgen einer isolierten Verwaltungssitzverlegung bei unterstellter Geltung der Gründungstheorie.....	314
§ 11 Einführung.....	314
A. Zuzugsfälle.....	314
B. Wegzugsfälle.....	317
§ 12 Die Gründungstheorie.....	318
A. Historischer Überblick.....	318
B. Inhalt.....	319
I. Konkretisierung des Anknüpfungsmerkmals.....	319
II. Reichweite der Anknüpfung.....	330
III. Ziele der Gründungstheorie.....	334

§ 13 Zuzug einer ausländischen Kapitalgesellschaft ins Inland.....	337
A. Internationalprivatrechtliche Rechtsfolgen.....	337
B. Gesellschafts- und zivilrechtliche Folgen.....	337
I. Gefahren durch eine generelle „Anerkennung“ ausländischer Kapitalgesellschaften unter der Gründungstheorie.....	338
II. Generelle Anerkennungsgrenzen und ergänzende Schutzinstrumente.....	348
§ 14 Wegzug einer deutschen Kapitalgesellschaft ins Ausland bei unterstellter Geltung der Gründungstheorie.....	421
A. Zulässigkeit einer Verwaltungssitzverlegung ins Ausland.....	421
B. Gefahren durch die Zulassung der Verlegung des Verwaltungssitzes einer deutschen Gesellschaft ins Ausland.....	423
C. Ergänzende Schutzinstrumente gegen die Gefahren einer Verlegung des Ver- waltungssitzes ins Ausland.....	431
D. Wesentliches Ergebnisse.....	435
§ 15 Thesen und Reformvorschlag.....	437
A. Thesen.....	436
B. Reformvorschlag.....	442

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Einleitung, Aufgabenstellung und Gang der Untersuchung	1
A. Einleitung.....	1
B. Aufgabenstellung und Eingrenzung des Themas.....	5
C. Gang der Untersuchung.....	12
 1. TEIL: Grundlagen und Begriffsbestimmungen zur Sitzverlegung.....	13
§ 2 Das Gesellschaftsstatut.....	13
§ 3 Der „Sitz“ der Gesellschaft.....	16
A. Satzungs- und Registersitz.....	16
I. Kurzdefinition.....	16
II. Anwendungsbereich.....	16
III. Verhältnis von Satzungs- und Registersitz.....	18
IV. Verhältnis des Satzungssitzes zum tatsächlichen Sitz für nationale Sachverhalte.....	18
V. Funktionen.....	20
1. Internationales Gesellschaftsrecht.....	20
2. Sachrecht.....	21
B. Verwaltungssitz.....	23
I. Definition.....	23
II. Funktionen.....	23
1. Internationales Gesellschaftsrecht.....	23
2. Sachrecht.....	24
§ 4 Die Sitzverlegung.....	25
A. Allgemeines.....	25
I. Mögliche Fallgestaltungen.....	25
II. Grenzüberschreitender Vorgang.....	26
III. Verschiedene Differenzierungsmöglichkeiten.....	27
1. nach Weg- und Zuzugsfällen.....	27
2. nach der kollisionsrechtlichen und der sachrechtlichen Ebene.....	27
3. nach Sitz- und Gründungstheoriestaaten.....	28
B. Identitätswahrende Sitzverlegung.....	28
I. Die unterschiedlichen Ansätze.....	29
II. Lösung.....	31

III. Zusammenfassung zum Begriff der Identitätswahrung.....	35
C. Unechte Sitzverlegung.....	36
D. Unbewusste Sitzverlegung.....	36
E. Missbräuchliche Sitzverlegung.....	37
§ 5 Die Anerkennung von Gesellschaften.....	39
A. Historische Entwicklung der Anerkennung.....	40
B. Heutiges Verständnis von der Anerkennung.....	43
C. Heutiger Stellenwert der Anerkennungsproblematik.....	44
D. Ergebnisse.....	48
§ 6 Die Niederlassungsfreiheit.....	50
A. Allgemeines.....	50
B. Ausübungsformen der Niederlassungsfreiheit.....	51
C. Wirkungsweise und Umfang des Rechts auf freie Niederlassung.....	52
I. Artikel 43 EGV als Diskriminierungsverbot.....	52
II. Artikel 43 EGV als Beschränkungsverbot.....	53
2. TEIL: Rechtsfolgen einer isolierten Verwaltungssitzverlegung unter der Sitztheorie.....	55
§ 7 Einführung.....	55
§ 8 Die Sitztheorie.....	56
A. Historische Entwicklung: Von der Satzungs- zur Realsitztheorie.....	56
I. Die Rechtsprechung des Reichsgerichts.....	56
II. Verhältnis der Reichsgerichtsrechtsprechung zum Willen des historischen Gesetzgebers des ersten internationalen Privatrechts im Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch.....	61
III. Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs.....	64
IV. Heutiger Stellenwert der Sitztheorie als Rechtsquelle.....	66
B. Inhalt.....	67
I. Konkretisierung des Anknüpfungsmerkmals.....	67
1. Möglichkeiten der Begriffsbestimmung.....	67
2. Stellungnahme.....	71
3. Rechtssicherheit durch Verweis auf das nationale Steuerrecht.....	72
4. Praxistauglichkeit.....	74

II. Reichweite der Anknüpfung.....	77
III. Ziel der Anknüpfung.....	77
§ 9 Rechtsfolgen des Zuzuges einer ausländischen Kapitalgesellschaft ins Inland	79
A. Internationalprivatrechtliche Rechtsfolgen.....	79
B. Gesellschafts- und zivilrechtliche Rechtsfolgen.....	79
I. Das Nichtanerkennungsmodell (Rechtsprechung und noch herrschendes Schrifttum).....	80
1. Das Konzept.....	80
2. Kritische Würdigung.....	86
a) Schicksal des Gesellschaftsvermögens und Vereinbarkeit der Nichtanerkennung mit den im deutschen Gesellschaftsrecht geltenden Prinzipien vom Ende eines gesellschaftsrechtlichen Rechtsträgers.....	87
aa) Ausgangsüberlegung.....	87
bb) Vermögensübertragung.....	88
α) Vorgaben im nationalen Gesellschafts- und Sachenrecht und im internationalen Sachenrecht.....	89
i.) Zurechnungssubjekt des Vermögens im nationalen Gesellschaftsrecht.....	89
ii.) Übertragung von Vermögenspositionen entweder durch Singular- oder Universal-sukzession.....	89
iii.) Reichweite deutschen Sachenrechts für die Frage der Vermögens-trägerschaft des Gesellschaftsvermögens.....	90
iv.) Die Rechtsfähigkeit der Gesellschaft als Vorfrage für die sachenrechtliche Zuordnung des Gesellschaftsvermögens – ein zusätzliches Problem.....	90
β) Lösung der Frage.....	92
i.) Singularsukzession.....	92
ii.) Universalsukzession.....	93
αα) analoge Anwendung der §§ 45, 46 BGB.....	93
ββ) Möglichkeit einer ungeschriebenen, gesetzlichen Gesamtrechtsnach-folge.....	94
(1) Zwingender Beendigungsgrund für die zuziehende ausländische Gesellschaft.....	96
(2) Tendenz zum gegenteiligen Ergebnis: Fortbestand der zuge-zogenen Gesellschaft als Liquidationsgesellschaft.....	99
(3) Rechtsfolgen bei unterstellter Gesamtrechtsnachfolge.....	103
(4) Schlussfolgerungen für die Frage, ob eine ungeschriebene Gesamtrechtsnachfolge angenommen werden kann.....	107

γ) Fazit.....	107
cc) Hilfskonstruktionen zur Bewältigung des ungelösten Problems der Vermögens- trägerschaft.....	108
α) Anwendung der Grundsätze über die Rechtsscheingesellschaft.....	108
β) Anwendung der Grundsätze über die fehlerhafte Gesellschaft.....	110
γ) Fortbestandsfiktion.....	111
δ) Zwischenergebnis.....	112
b) Vereinbarkeit des Nichtanerkennungsmodells mit den von der Sitztheorie verfolgten Zielen.....	112
aa) Ausgangsüberlegung.....	112
bb) Auswirkungen der Nichtanerkennung auf die Gläubiger.....	113
<i>Exkurs: Konkretisierung des Aspekts „Schutz vor Umgehung inländischer Gläubigerschutzregelungen“ im Hinblick auf seinen heutigen Stellenwert in der Diskussion um die Anknüpfungs- theorien.....</i>	114
cc) Auswirkungen der Nichtanerkennung auf die Rechtssicherheit und den Verkehrsschutz.....	119
dd) Auswirkungen der Nichtanerkennung auf die Arbeitnehmer.....	120
<i>Exkurs: Konkretisierung des Aspekts „Schutz vor Umgehung inländischer Arbeitnehmerschutzbestimmungen“ im Hinblick auf seinen heutigen Stellenwert in der Diskussion um die Anknüpfungs- theorien.....</i>	120
ee) Auswirkungen der Nichtanerkennung auf die Gesellschafter.....	126
ff) Zwischenergebnis.....	130
c) Vereinbarkeit des Nichtanerkennungsmodells mit dem Europarecht.....	131
d) Vereinbarkeit der Nichtanerkennung mit dem Verfassungsrecht.....	135
3. Wesentliche Zusammenfassung der Untersuchungen zum Nichtanerkennungsmodell.....	136
II. Das Rechtsformzwangmodell (Im Vordringen befindliche Literatur).....	137
1. Die Konzeption.....	137
2. Kritische Würdigung.....	140
a) Klärung der offenen Fragen unter dem Rechtsformzwangmodell.....	143
aa) Einordnung in die Auffanggesellschaftsform bei einer Mehrzahl von Gesellschaftern.....	143
α) Ausgrenzung der Vorgesellschaft als mögliche Auffanggesellschaftsform bei isolierter Sitzverlegung.....	144
i.) Echte Vorgesellschaft.....	144
ii.) Unechte Vorgesellschaft.....	145
β) Verbleibende Möglichkeiten – immer Personengesellschaft oder auch Verein.....	146

<i>Exkurs: Die Abgrenzung der Gesellschaft vom nichtrechtsfähigen Wirtschaftsverein.....</i>	148
bb) Vermögensträgerschaft nach dem Zuzug, Übergang von Rechten und Pflichten.....	166
α) Gesamtrechtsnachfolge.....	168
β) Fall von Identität des Rechträgers im Sinne der §§ 190 ff. UmwG.....	170
γ) Zwischenergebnis.....	180
cc) Handlungsverfassung.....	181
α) Scheinauslandsgesellschaft, die ein vollkaufmännisches Gewerbe betreibt.....	182
i.) Körperschaftlich organisierte Kapitalgesellschaften ausländischen Rechts mit einer großen Zahl an Gesellschaftern.....	182
ii.) Personalistisch organisierte Kapitalgesellschaften ausländischen Rechts mit einer kleinen Zahl an Gesellschaftern.....	191
iii.) Ergebnis.....	191
β) Scheinauslandsgesellschaft, die in sonstiger Weise wirtschaftlich tätig ist.....	192
dd) Haftungsverfassung.....	193
<i>Exkurs: Verbindlichkeiten der Gesellschaft.....</i>	194
(1) Vertragliche Verbindlichkeiten.....	194
(i.) Vertragsschluss nach Statutenwechsel.....	194
(ii.) Vertragsschluss vor Statutenwechsel.....	196
(2) Deliktische Verbindlichkeiten.....	196
(i.) Deliktische Verbindlichkeiten nach Statutenwechsel.....	196
(αα) Scheinauslandsgesellschaft, die ein vollkaufmännisches Gewerbe betreibt.....	197
(ββ) Scheinauslandsgesellschaft, die in sonstiger Weise wirtschaftlich tätig ist.....	202
(ii.) Deliktische Verbindlichkeiten vor Statutenwechsel.....	203
α) Haftung der Auffanggesellschaft.....	204
i.) Scheinauslandsgesellschaft, die ein vollkaufmännisches Gewerbe betreibt	204
ii.) Scheinauslandsgesellschaft, die in sonstiger Weise wirtschaftlich tätig ist	204
β) Haftung als „Scheingesellschaft“.....	204
γ) Haftung der Gesellschafter.....	205
i.) Scheinauslandsgesellschaft, die ein vollkaufmännisches Gewerbe betreibt	205
ii.) Scheinauslandsgesellschaft, die in sonstiger Weise wirtschaftlich tätig ist.	205
iii.) Haftungsbeschränkung für Kleinanleger.....	205
(αα) Ausgangsüberlegung.....	205
(ββ) Lösungsansätze.....	206

(γγ) Stellungnahme.....	207
(δδ) Ergebnis und Fazit zu der Haftung der Gesellschafter.....	211
δ) Haftung als Scheingesellschafter.....	214
ε) Handelndenhaftung.....	215
<i>Exkurs: Die Handelndenhaftung in Vorgesellschaften.....</i>	218
i.) Planwidrige Regelungslücke.....	226
ii.) Vergleichbare Interessenlage.....	227
iii.) Abgrenzung zu § 179 Absatz I BGB.....	228
iv.) Abgrenzung zu § 179 Absatz I BGB analog.....	229
v.) Ergebnis.....	230
vi.) Abschließende Zusammenfassung zum hier vorgeschlagenen Konzept einer Handelndenhaftung für nichteingetragene Scheinauslandsgesellschaften unter dem Rechtsformzwangmodell in Abgrenzung zu anderen Lösungsansätzen.....	232
ee) Mitgliederwechsel.....	234
<i>Exkurs: Unterschiede zwischen Kapital- und Personengesellschaften beim Mitgliederwechsel.....</i>	234
(1) Unterschiede hinsichtlich der Freiheit zur Übertragung der Mitgliedschaft.....	234
(2) Unterschiede hinsichtlich der Art und Weise der Übertragung der Mitgliedschaft.....	235
(3) Unterschiede hinsichtlich der Möglichkeit von Eintritt und Austritt.....	236
(4) Unterschiede hinsichtlich der Nachfolge beim Tod eines Gesellschafters.....	237
α) Auswirkungen der Umkehrung vom Prinzip freier Übertragbarkeit der Anteile zur zustimmungsgebundenen Übertragbarkeit.....	241
β) Abhilfe durch die Grundsätze zum fehlerhaften „Beitritt“.....	243
i.) Konzeption.....	243
ii.) Anwendung auch auf Fälle der Anteilsabtretung.....	243
γ) Abhilfe durch Anwendung von Rechtsscheingrundsätzen im Außen- und Innenverhältnis.....	248
i.) Außenverhältnis.....	248
ii.) Innenverhältnis.....	250
δ) Auswirkungen des Wandels von der uneingeschränkten zu der nur noch eingeschränkten Vererblichkeit der Mitgliedschaft.....	251
i.) Scheinauslandsgesellschaft, die ein vollkaufmännisches Handelsgewerbe betreibt.....	251
ii.) Scheinauslandsgesellschaft, die in sonstiger Weise wirtschaftlich tätig ist.	252

e) Auswirkungen der Umqualifizierung vom Prinzip fester nomineller Anteile zum An- und Abwachungsprinzip.....	253
ff) Sonderproblem unter dem Rechtsformzwangmodell: die ausländische Einpersonen-Kapitalgesellschaft.....	254
α) Einordnung als Ist-Kaufmann, Kann-Kaufmann oder schlicht als natürliche Person.....	254
β) Vermögensträgerschaft.....	255
γ) Haftung des Unternehmensinhabers.....	256
δ) Handelndenhaftung.....	257
ε) Haftung als Scheingesellschaft oder Scheinunternehmer nach Rechtsscheingrundsätzen	259
φ) Fazit.....	261
b) Vereinbarkeit der Folgewirkungen des Rechtsformzwangmodells mit den von der Sitztheorie verfolgten Zielen.....	262
aa) Ausgangsüberlegung.....	262
bb) Auswirkungen für die Gläubiger und den Rechtsverkehr.....	262
α) Auswirkungen für die Gläubiger.....	262
β) Auswirkungen für den Rechtsverkehr.....	264
γ) Auswirkungen für die Arbeitnehmer.....	264
δ) Auswirkungen für die Gesellschafter.....	266
ε) Zwischenergebnis.....	267
c) Vereinbarkeit der Folgewirkungen des Rechtsformzwanges mit dem Verfassungsrecht.....	268
d) Vereinbarkeit der Folgewirkungen des Rechtsformzwangmodells mit dem Europarecht.....	273
3. Wesentliche Ergebnisse der Untersuchungen zum Rechtsformzwangmodell.....	275
§ 10 Rechtsfolgen des Wegzugs einer deutschen Kapitalgesellschaft ins Ausland.....	277
A. Internationalprivatrechtliche Folgen.....	277
I. Zuzugstaat folgt Sitztheorie.....	277
II. Zuzugstaat folgt Gründungstheorie.....	277
B. Gesellschafts- und zivilrechtliche Folgen.....	278
I. Das Auflösungsmodell.....	278
II. Kritische Würdigung.....	281
1. Gesellschaftsrechtliche Folgen eines „Wegzugs“: Auflösung und Liquidation, Verlust der Rechtsfähigkeit oder gesetzliche Umwandlung	281

a) Auflösungsgrund.....	282
aa) Internationalprivatrechtlicher Auflösungsgrund.....	282
bb) Sachrechtlicher Auflösungsgrund.....	282
α) Unterschiedliche Begründungsversuche.....	282
β) Stellungnahme.....	283
i.) Wegzugbeschluss als Auflösungsbeschluss.....	283
ii.) Wesentlicher Satzungsmangel.....	285
iii.) Der Statutenwechsel als ungeschriebener Auflösungsgrund.....	288
b) Status der Gesellschaft nach dem Statutenwechsel.....	295
aa) Fortbestand als deutsche Liquidationsgesellschaft.....	296
bb) Fortbestand als Personengesellschaft deutschen Rechts.....	296
cc) Fortbestand als ausländische Gesellschaft.....	296
α) Fortbestand als werbende Kapitalgesellschaft ausländischen Rechts.....	296
β) Fortbestand als werbende Personengesellschaft ausländischen Rechts.....	298
γ) Zwischenergebnis.....	301
dd) Ergebnis zum Status der Gesellschaft nach dem Statutenwechsel.....	302
2. Bewertung des „Rechtsformzwangmodells“.....	303
3. Alternative Lösungen.....	304
a) Verstoß gegen den Ordre public.....	305
b) Teleologische Reduktion der Sitztheorie.....	306
c) Ergebnis.....	308
4. Registerrechtliche Folgen je nach Wegzugsvariante.....	309
III. Abschließende Bewertung des isolierten Wegzugs unter der Sitztheorie.....	312
3. TEIL. Rechtsfolgen einer isolierten Verwaltungssitzverlegung bei unterstellter Geltung der Gründungstheorie.....	314
§ 11 Einführung.....	314
A. Zuzugsfälle.....	314
B. Wegzugsfälle.....	317
§ 12 Die Gründungstheorie.....	318
A. Historischer Überblick.....	318
B. Inhalt.....	319
I. Konkretisierung des Anknüpfungsmerkmals.....	319
1. Die verschiedenen Ansätze.....	319
a) Das Gründungsrecht.....	319
b) Der Gründungsort.....	319
c) Der registrierte Satzungssitz.....	320

2. Unterschied zwischen den verschiedenen Ansätzen.....	320
3. Entscheidung.....	321
a) Verweis auf eine allgemeine Handhabung in den Gründungstheoriestaaten.....	322
b) Eigener Vorschlag zur Lösung.....	323
aa) Einheitliche und eindeutige Bestimbarkeit für alle Gesellschaftstypen.....	324
bb) Vermeidung rein zufälliger und willkürlicher Anknüpfungsergebnisse.....	326
cc) Wahl eines Anknüpfungskriteriums, das die Mobilität des Personalsstatus ermöglicht; Übereinstimmung mit europäischen Reformbestrebungen.....	327
dd) „Schonende“ Abkehr von den bisher geltenden Anknüpfungspunkten.....	328
c) Ergebnis.....	329
II. Reichweite der Anknüpfung.....	330
III. Ziele der Gründungstheorie.....	334
 § 13 Zuzug einer ausländischen Kapitalgesellschaft ins Inland.....	337
A. Internationalprivatrechtliche Rechtsfolgen.....	337
B. Gesellschafts- und zivilrechtliche Folgen.....	337
I. Gefahren durch eine generelle „Anerkennung“ ausländischer Kapitalgesellschaften unter der Gründungstheorie.....	338
1. Unproblematischer Rechtsbereich: Das Innenrecht der ausländischen Gesellschaft, insbesondere die Beziehungen der Gesellschafter untereinander und zur Gesellschaft.....	338
2. Gefährdung der Arbeitnehmerinteressen.....	338
3. Gefährdung der Gläubiger und des Rechtsverkehrs.....	340
a) Gefahr durch fehlende Publizitätspflichten.....	339
b) Gefährdung durch unbekannte Beschränkungen des Auslandsrechts.....	342
c) Gefahr der Umgehung der deutschen Kapitalaufbringungs- und Kapitalerhaltungsvorschriften durch die Wahl einer ausländischen Gesellschaftsform.....	345
d) Gefahr durch Nichteingreifen inländischer Schutzvorschriften im Falle der Insolvenz der Gesellschaft.....	346
II. Generelle Anerkennungsgrenzen und ergänzende Schutzinstrumente.....	348
1. Generelle Anerkennungsgrenzen.....	349
a) Die Rechtsumgehung (<i>fraus legis</i>)	349
b) Der „genuine-link“-Grundsatz.....	350
c) Der <i>ordre public</i> (Artikel 6 EGBGB)	353
d) Fazit.....	354
2. Ergänzende Schutzinstrumente.....	354
a) Umgehung der Mitbestimmung.....	355
b) Umgehung von Schutzvorschriften zugunsten der Gläubiger und des Rechtsverkehrs.	358
aa) Gefahr durch fehlende Publizität	358

α) Einführung einer Registrierungspflicht mit den Mindestoffenlegungspflichten der §§ 13 d ff. HGB.....	358
β) Einführung einer Offenlegungspflicht der Rechnungslegungsunterlagen der ausländischen Gesellschaft nach dem Vorbild des § 325 a HGB.....	366
γ) Einführung einer Offenlegung der Registrierung auf den Geschäftsbriefen und Bestellscheinen.....	368
δ) Absicherung der Durchsetzung der Registrierungs- und Offenlegungspflichten durch Einführung eines Zwangs- beziehungsweise Ordnungsgeldverfahrens.....	370
i.) Sanktion bei Nichterfüllung der Registrierungspflicht.....	370
ii.) Sanktion bei Nichterfüllung der Pflicht zur Offenlegung der Rechnungslegung.....	370
iii.) Ergänzender Schutz gegenüber ausländischen Gesellschaften, die ihrer Registrierungspflicht nicht nachkommen: Handelndenhaftung als Ausgleich für fehlende Registerpublizität.....	372
iv.) Ergänzender Schutz gegenüber Gesellschaften, die ihre Eigenschaft als Gesellschaft ausländischen Rechts nicht durch Angabe auf Geschäftsbriefen oder Bestellscheinen offenlegen: Rechtsscheinhaftung.....	375
bb) Gefahr von unbekannten Beschränkungen des Auslandsrechts.....	376
α) Gefahren durch unbekannte Beschränkungen der Rechtsfähigkeit.....	377
β) Gefahren durch unbekannte Beschränkungen der Vertretungsmacht.....	382
cc) Gefahr durch Umgehung der deutschen Kapitalaufbringungs- und Kapitalerhaltungsvorschriften durch die Wahl einer ausländischen Gesellschaftsform.....	388
α) Ergänzender Schutz bei fehlendem oder unzureichendem Mindestkapital....	388
i.) Ergänzender Schutz durch Pflicht zur Sicherheitsleistung.....	388
ii.) Ergänzender Schutz durch Ausweitung der Instrumente einer Durchgriffshaftung wegen Unterkapitalisierung.....	391
iii.) Ergänzender Schutz durch allgemeine Rechtsinstitute, insbesondere durch die deliktische Haftung der Gesellschafter der ausländischen Kapitalgesellschaft.....	395
(αα) Schutz über § 823 Absatz 2 BGB i.V.m. § 263 StGB.....	395
(ββ) Schutz über § 826 BGB.....	396
(1) Anforderungen an die Darlegung.....	396
(2) Fallbeispiele aus der Rechtsprechung.....	397
(3) Übertragung dieser Grundsätze.....	399
(4) Bewertung.....	400
(γγ) Schutz über § 311 Absatz 2 i.V.m. § 280 Absatz I BGB.....	400
iv.) Fazit.....	402
β) Gefahr durch Nichteingreifen inländischer Kapitalerhaltungsvorschriften.....	402
i.) Ausgangsüberlegung.....	402
ii.) Anwendung des deutschen Kapitalerhaltungsrechts auf das ausländische Gebilde.....	402

iii.) Ausweitung der Instrumente der Durchgriffshaftung.....	403
iv.) Rückgriff auf allgemeine, deutsche Haftungsvorschriften.....	403
v.) Bewertung.....	405
dd) Gefahr durch Nichteingreifen inländischer Schutzvorschriften im Falle der Insolvenz der Gesellschaft.....	405
a) Keine Gefahr bei Briefkastengesellschaften, deren Gesellschaftsstatute Schutzvorschriften gegen Insolvenzverschleppung enthalten.....	405
<i>Exkurs: Die Haftung für „betrügerische“ und „rechtswidrige“ Geschäftsführung im englischen Recht.....</i>	406
β) Anwendung der nationalen Insolvenzantragspflichten.....	412
ee) Zusammenfassung zum Gläubigerschutz unter der Gründungstheorie.....	419
§ 14 Wegzug einer deutschen Kapitalgesellschaft ins Ausland bei unterstellter Geltung der Gründungstheorie.....	421
A. Zulässigkeit einer Verwaltungssitzverlegung ins Ausland.....	421
B. Gefahren durch die Zulassung der Verlegung des Verwaltungssitzes einer deutschen Gesellschaft ins Ausland.....	423
I. Unproblematischer Rechtsbereich: Umgehung von nationalen, gesellschaftsrechtlichen Schutzvorschriften.....	423
II. Gefahr erschwerter Rechtsverfolgung.....	423
1. Verlust der internationalen Zuständigkeit deutscher Gerichte.....	423
2. Erforderlichkeit von Auslandszustellungen.....	426
C. Ergänzende Schutzinstrumente gegen die Gefahren einer Verlegung des Verwaltungssitzes ins Ausland.....	431
I. Pflicht zur Eintragung der Verwaltungssitzverlegung ins Ausland.....	431
II. Pflicht zur Sicherheitsleistung nach §§ 204, 22 UmwG, 225 Absatz 1, 303, 321 AktG analog.....	432
III. Verpflichtung zur Bestellung eines Zustellungsbevollmächtigten.....	433
D. Wesentliches Ergebnisse.....	435
§ 15 Thesen und Reformvorschlag.....	437
A. Thesen.....	437
B. Reformvorschlag.....	442